

Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vierterung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 41 mm breite Beitzelle (Masse's Zeilenmesser 14) RM 0,25, in der Amtshauptmannschaft Ramez RM 0,20. Amtliche Zeile RM 0,75 und RM 0,60. Reklame RM 0,60. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Rechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramez des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großpörsdorf, Bretzig, Hauswalbe, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Tshlemborf, Mittelbach, Großnaundorf, Uchtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 69

Mittwoch, den 21. März 1928

80. Jahrgang

Das Wichtigste

In Mecklenburg haben Waldbrände großen Schaden angerichtet. Die Brände wurden in den meisten Fällen durch unvorsichtiges Abbrennen von altem Wiesengras verursacht. Wie die Berliner Morgenblätter aus Washington melden, hat gestern der amerikanische Senat für die Hinausschiebung des Inkrafttretens der nationalen Abstammungsklausel des Einwanderungsgesetzes um ein weiteres Jahr gestimmt. Damit bleibt das gegenwärtige Quotenverhältnis bestehen. In Amerika wird ein neuer Heißfilm gegen Deutschland aufgeführt. General Noble wird mit seinem Nordpol-Luftschiff etwa Mitte April in Deutschland eintreffen. Nach einer Verordnung des Arbeitsministers Lardieu wird die Sommerzeit in Frankreich in der Nacht vom 14. auf den 15. April um 23.00 Uhr beginnen, während die Normalzeit am 6. Oktober 24.00 Uhr wieder hergestellt wird. Dieser Beschluss ist England, Belgien und Holland notifiziert, mit denen Frankreich durch eine Konvention zur Einführung der Sommerzeit verbunden ist. Gestern nachmittags sprang ein 35 Jahre alter Mann mit einem Fallschirm in Paris von der Spitze des Eiffelturmes ab. Da der Schirm sich nicht öffnete, stürzte der tollkühne Springer auf den Boden. Er erlag bald darauf seinen schweren Verletzungen. Gewisse Hunde am zerbrochenen St. Franz-Damm bei Los Angeles sprechen dafür, daß der Damm möglicherweise infolge dynamischer Zerstörung zerstört worden ist. Nach Meldungen aus Washington ist gestern der erste Band der amerikanischen Kriegsdokumente, der über die amerikanischen Friedensbemühungen im Jahre 1914 berichtet, veröffentlicht worden. Nach Meldungen aus Santos wird dort in einer offiziellen Erklärung bekannt gegeben, daß bei dem letzten Erdbeben 81 Personen getötet und 92 verletzt wurden. Nach Meldungen aus Johannesburg sind in Natal Feindseligkeiten zwischen zwei großen Eingeborenenstämmen ausgebrochen. Die Regierung hat zur Verstärkung der Polizeitruppen zwei Schwadronen in das Kampfgebiet entsandt. Die eingeborenen Frauen und Kinder befinden sich auf der Flucht.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten

— (Die Hilfe der Kirche.) Die am 17. Juli 1927 in allen evangelischen Kirchen Sachsens veranstaltete Sammlung zur Bänderung der Not der durch das Unwetter im Ostergebirge Heimgekehrten hat zusammen mit den von außerörtlichen kirchlichen Behörden und Stellen eingegangener Gelder insgesamt 167.741 RM erbracht.

— (Eine wertvolle Große Anfrage.) Vier Fraktionen des Preussischen Landtages weisen in einer Großen Anfrage an die Regierung darauf hin, daß die „Zeitungsstände, Kioske, Vitrinensäulen und zahlreichen Schaufenster mit Plakaten und widerlichen Darstellungen überflutet sind“. Polizei und Staatsanwaltschaft erwiesen sich als ohnmächtig und erklärten, daß die bestehende Gesetzgebung und Rechtsprechung keine Handhabe zum Einschreiten bietet. Dann werden die verheerenden Folgen jener Überflutung aufgezeigt, die Zerrüttung von Ehe und Familienleben, die Verachtung, der die deutsche Kultur im Auslande dadurch anheimfalle. Die Preussische Staatsregierung wird gefragt, ob sie bereit sei, selbst auf dem Wege der Aenderung der Gesetzgebung oder durch Einwirkung auf die Reichsregierung Abhilfe zu schaffen. Und was tut der Sächsische Landtag? Was tut die Sächsische Staatsregierung?

— (Reichspräsident von Hindenburg an den Verband Sächsischer Industrieller.) Den in Dresden versammelten Mitgliedern des Verbandes Sächsischer Industrieller sagte ich herzlichen Dank für das freundliche Meingedenken bei der gestrigen Tagung. Ihr Gelingen, an dem Werke des Wiederaufbaues der deutschen Wirtschaft verständnisvolle Helfer zu sein, nehme ich in voller Würdigung der Bedeutung der Mitarbeit der Industrie am Wiederaufbau des Vaterlandes mit Befriedigung gern entgegen. Mit freundlichen Grüßen! gez. von Hindenburg.

— (Der Fehlbetrag der Landwirtschaftlichen Güter.) Die Betriebsmaßnahmen der landwirtschaftlichen Güter des Staates betragen nach einer Iobeden dem Haushaltsausschuß B vorgelegten Uebersicht im Geschäftsjahr 1925/26 2.103.098 RM. Die Betriebsausgaben 2.353.558 RM. Unter Verrechnung verschiedener kleinerer Posten ergibt sich ein Verlust aus Güterbetrieben in Höhe von 233.720 RM, der sich durch Verlust aus Lasten um 6422 RM auf 240.142

Der Reichsernährungsminister über die Agrar-Reform

Mit Gummitruppeln gegen die Bauern — Die deutsch-russisch-türkische Front in Genf — Eine Rede des deutschen Botschafters in Washington — Moskau hofft auf Wiederaufnahme der deutsch-russischen Verhandlungen

Berlin. Bei Behandlung des Haushalts des Reichsernährungsministeriums im Rahmen des Notprogramms im Haushaltsausschuß des Reichstags verwies Reichsernährungsminister Schiele auf die von ihm vorgelegte Denkschrift. Als dringendste Probleme bezeichnete er die Regelung der landwirtschaftlichen Schulverhältnisse und des landwirtschaftlichen Absatzes. Die schwebenden Schulden müßten konsolidiert werden. Es sei vorgesehen, eine Hilfe für Umschuldungskredite von im ganzen 200 Millionen

Mark einzusetzen zu lassen, wobei sich das Reich unter Voraussetzung einer Beteiligung der Länder- und Gemeindeverbände mit einem Gesamtbetrag von 75 Millionen seinerseits beteiligen werde. Betrachte man jedoch die hohe Verschuldungsziffer, die zur Zeit eine Belastung von 60 Mark je Hektar ergebe, in Verbindung mit den Preisen für die Erzeugnisse, so zeige es sich, daß eine maßgebende Hilfe nicht von der Kreditseite allein kommen könne.

Der Minister verwies auf die Schwierigkeiten bei der Schweinehaltung und auf die Verluste, die das Institut für Konjunkturforschung gegenwärtig mit 60 Millionen im Monat berechnete. Bei der Gesamtviehhaltung werde mit einem jährlichen Verlust von rund einer Milliarde Mark gerechnet. Die entscheidende Hilfe müsse von der Absatzseite her kommen. Man müsse eine größere Stabilisierung der Marktpreise erreichen, so daß dem Landwirt ein ausreichender Gewinn bleibe. Die übermäßigen Preispannen — bis zu 75 Prozent mehr als vor dem Kriege — müßten verringert werden. Wir müssen

Aufklärung des Weges von Produzenten zum Konsumenten

finden und so den Konsum erleichtern. Der Minister trat für eine zentrale Regelung ein. Kohlscheuern und Eierfammelstellen müßten zu einem Nachfaktor der Vermittlung heraufwachsen. Im engen Zusammenhang mit dieser Frage stehe die Aenderung des Rentenbank-Kreditanstalt-Gesetzes.

Erste Zusammenstöße zwischen Landwirten und Polizei.

Anläßlich einer in Langenöls veranstalteten Zwangsversteigerungen von landwirtschaftlichen Betrieben hatten sich etwa 1000 Bauern angesammelt. Durch Singen auf den Versteigerungsplätzen versuchten sie die Abgabe von Geboten zu verhindern. Der Landrat des Kreises Nimptsch hatte ein Polizeikommando von zwanzig Mann nach Langenöls entsandt. Die Polizei ging

mit dem Gummitruppel gegen die Bauern

vor, wobei es mehrere Leichtverletzte gab. Als sich der Tumult steigerte, weil ein bekannter Führer der Landwirte verhaftet werden sollte, ließ der befehlshabende Offizier die Maschinengewehre anfahren und die Karabiner laden. Angesichts dieser ersten Lage wurden die weiteren Zwangsversteigerungen abgebrochen.

Die deutsch-russisch-türkische Front in Genf.

Ein gemeinsames Ziel: Abrüstung der „Siegerstaaten“. Genf. Die Abrüstungskonferenz, die bereits einige Tage in aller Stille berät, macht plötzlich von sich reden. Der russische Vertreter Litwinow hat eine große Rede gehalten, in der er die russischen Vorschläge vortrug. Der Sinn seiner Rede war kurz: der Bündnis-Vertrag der Abrüstungsgegner, ob sie abrüsten wollen oder nicht. Litwinow betonte ausdrücklich, Rußland habe der Konferenz Zeit gelassen, um sich auf eine gründliche Aussprache vorzubereiten. Seine Formel heißt: Nur völlige Abrüstung bringt Sicherheit und Frieden. Und die beiden Fragen, die er der Abrüstungskonferenz vorlegte:

1. Stimmt die Abrüstungskommission prinzipiell der allgemeinen Entwaffnung in dem von den Russen geforderten Zeitraum zu?
2. Kann schon am Schluß des ersten Jahres die Abrüstung so weit gebiehen sein, daß weitere Kriege unmöglich gemacht sind?

Litwinows Rede klang in einer scharfen Kritik an der bisherigen Arbeit des Völkerbundes aus, durch die Tausende

und aber Tausende von Papierseiten gefüllt seien, ohne daß der kleinste praktische Schritt vorwärts getan sei.

Die Rede des deutschen Delegierten Graf Bernstorff. Hatte gewisse Berührungspunkte mit den Ausführungen Litwinows, denn beide Staaten, Deutschland und Rußland, sind schließlich in ihrem Endziel einig, daß man dem Rüstungswahn Grenzen setzen müsse. Graf Bernstorff begrüßte denn auch die russischen Vorschläge aufs wärmste. Auch er verlangte, daß die einzelnen Schritte zur Abrüstung rasch folgen müßten und daß der Angriffskrieg sowie alle Möglichkeiten eines Krieges, der sich gegen die Zivilbevölkerung richtet, unmöglich gemacht werden muß. Die beste Gewähr für die Sicherheit sei die

Vernichtung aller militärischen Angriffsmöglichkeiten.

Graf Bernstorff erinnerte nochmals daran, daß die zweite Sitzung der Abrüstungsberatungen noch in dieser Sitzungsperiode stattfinden müsse. Im übrigen machte er sich die Forderung Litwinows auf Einberufung einer Entwaffnungsvollkonferenz zu eigen.

Als dritte Macht in der Abrüstungsfront führte sich die Türkei ein. Ihr Vertreter, der türkische Außenminister, begrüßte die Forderungen Rußlands und verlangte Erörterung der russischen Vorschläge während der jetzigen Tagung. Im übrigen trat der türkische Außenminister für Nichtangriffsverträge und Neutralitätsverträge ein. Den Eintritt der Türkei in den Völkerbund stellte er in Aussicht.

Eine Rede des deutschen Botschafters in Washington

New York, 21. März. Der deutsche Botschafter in Washington, v. Preltorff, erklärte auf einem Festessen der Vereinigung der ausländischen Korrespondenten, die Zivilisation benötige zu ihrer Erhaltung die Vermeidung von Mißverständnissen. Die Berichterstatter der Zeitungen seien die wirklichen Botschafter der Humanität, wenn sie ihre Nachrichten in fairer und sympathischer Weise brächten und interpretierten. Nicht nur Deutschland, sondern auch die übrigen europäischen Staaten kämen allmählich wieder zu normalen Verhältnissen zurück. Die alte Welt habe ihr Gleichgewicht zurückgefunden, obwohl die kritische Periode noch nicht ganz überwunden sei. Einer der Hauptbeiträge der Vereinigten Staaten für der Aufschwung der Menschheit sei es gewesen, daß Amerika einem ermutigenderen Ausblick zur Befreiung der Weltkrisis den Weg ebnete. Deutschland erkenne diese Anstrengung um so mehr an, als der Friede und das freundschaftliche Einvernehmen mit anderen Nationen eine der Hauptvoraussetzungen für die Erholung der deutschen Wirtschaft sei.

Moskau hofft auf Wiederaufnahme der deutsch-russischen Verhandlungen

Kowno, 20. März. Wie aus Moskau gemeldet wird, bewertet die Sowjetregierung auf Grund des Berichtes Schleifers den Abbruch der deutsch-russischen Besprechungen nur als eine Unterbrechung der Verhandlungen. Die Berliner Verhandlungen hätten gezeigt, daß die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern sehr wohl weiter bestehen und noch ausgebaut werden könnten, daher sei der Unterbrechung keine große politische Bedeutung beigemessen. Die Sowjetregierung werde eine neue Einladung zu Besprechungen abwarten, da die erste Einladung sowie die Initiative zum Abbruch von deutscher Seite erfolgt sei. Dem Vernehmen nach soll Schleifer sich dahin geäußert haben, daß sofort nach der Beilegung des Doneztschenfalls die Verhandlungen wieder aufgenommen werden würden.

Der Rat der Volkskommissare hat der Kommission für die deutsch-russischen Verhandlungen nach ihrer Rückkehr seinen Dank ausgesprochen. Es wird erwartet, daß Schleifer demnächst zum stellvertretenden Handelskommissar der Sowjetunion ernannt werden wird.

Deutsche Beschwerde wegen der Verstöße bei den polnischen Wahlen.

Warschau. Die Deutsche Wahlgemeinschaft in Oberschlesien hat an das höchste Gericht eine Beschwerde wegen der Uebergrieffe und Verstöße eingereicht, die während der Wahlen in Oberschlesien vorkamen und wodurch die Wahlergebnisse zugunsten der Deutschen beeinflusst werden sollten.

In der Begründung heißt es u. a., daß durch eine Anordnung des Oberwahlkommissars das Wahlgeheimnis entgegen Artikel 11 der polnischen Verfassung in zahlreichen Fällen verletzt wurde. Ferner seien Tausende von deutschen Wählern, gegen deren Eintragung in die Wahllisten grundlos und unrechtmäßigerweise Einspruch erhoben wurde, ihres Wahlrechtes verlustig gegangen.